

# 10. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Frühlingsession 2014



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  4. Aktualitäten

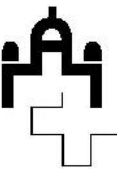
---

## **1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr**

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



# In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Frühlingsession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

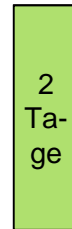
## Frühlingsession

3. – 21. März 2014



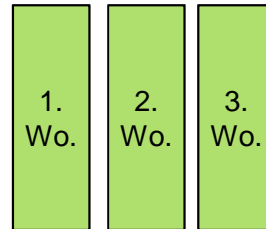
## Sonder-session

5. – 8. Mai 2014



## Sommer-session

2. – 20. Juni 2014



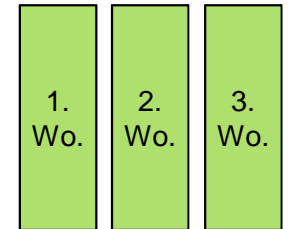
## Herbstsession

8. – 26. September 2014



## Wintersession

24. November – 12. Dezember 2014



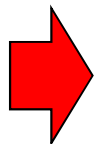
Kommissionssitzungen

Kommissionssitzungen

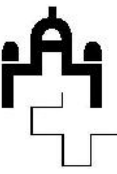
Kommissionssitzungen

Kommissionssitzungen

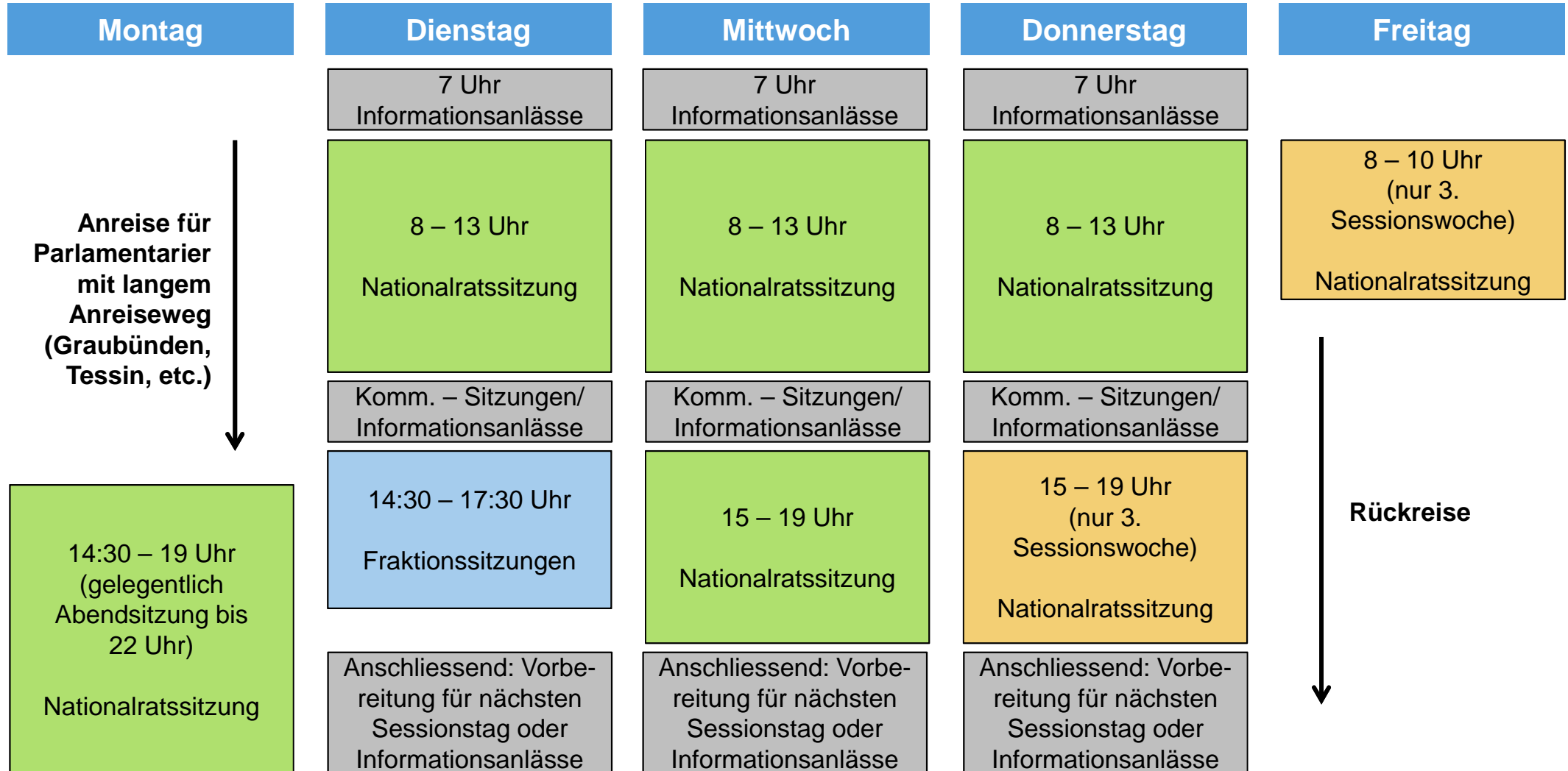
Jan. Feb. März April Mai Juni Juli Aug. Sept. Okt. Nov. Dez.

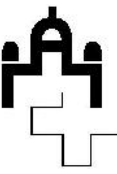


Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt

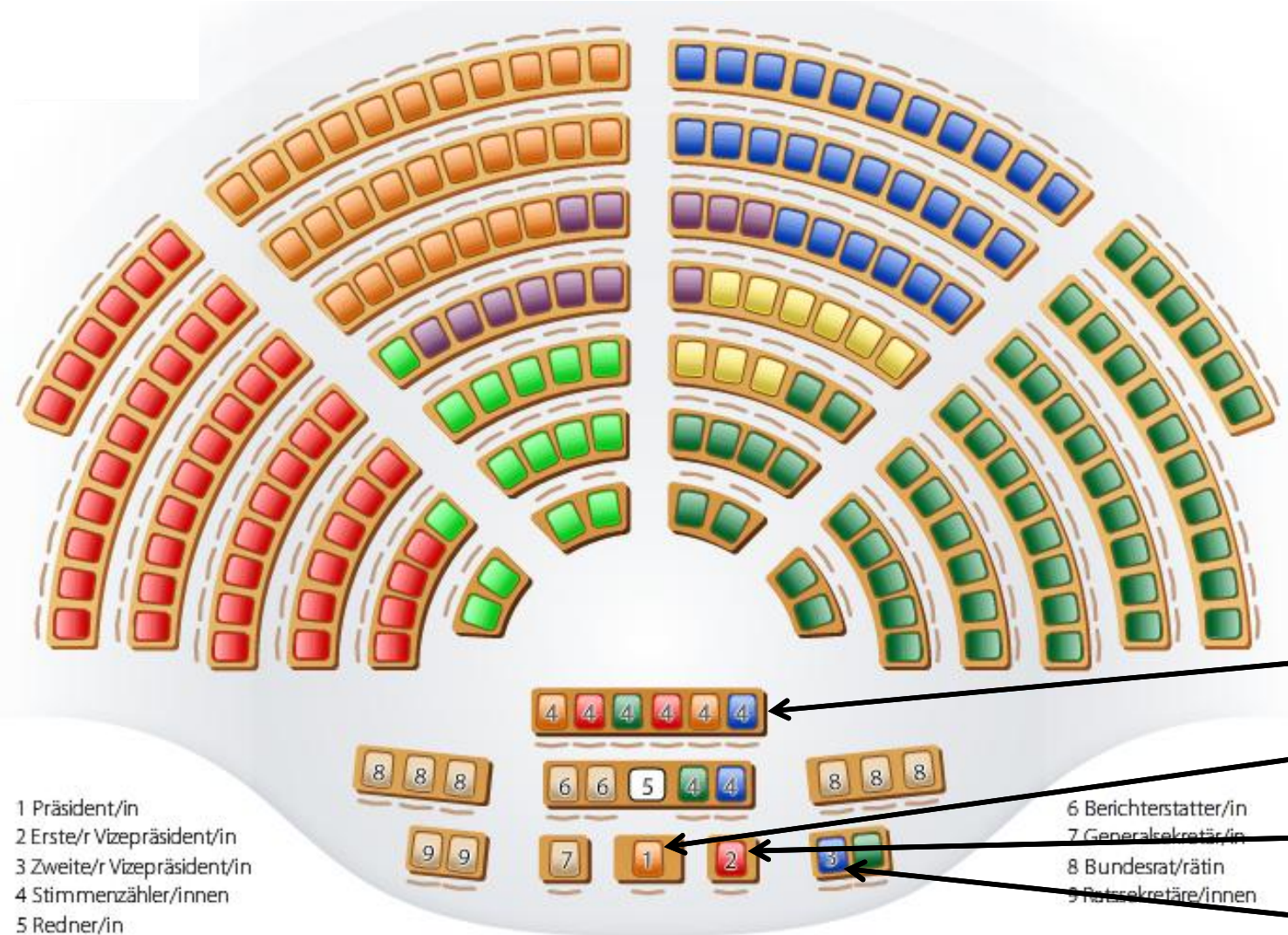


# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





# Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP



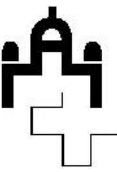
Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
SVP:	57
SP:	46
CVP/EVP:	31
FDP:	30
Grüne:	15
GLP:	12
BDP:	9

- 8 Stimmzähler
- Präsident (CVP)
- 1. Vizepräsident (SP)
- 2. Vizepräsident (FDP)

- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Redner/in

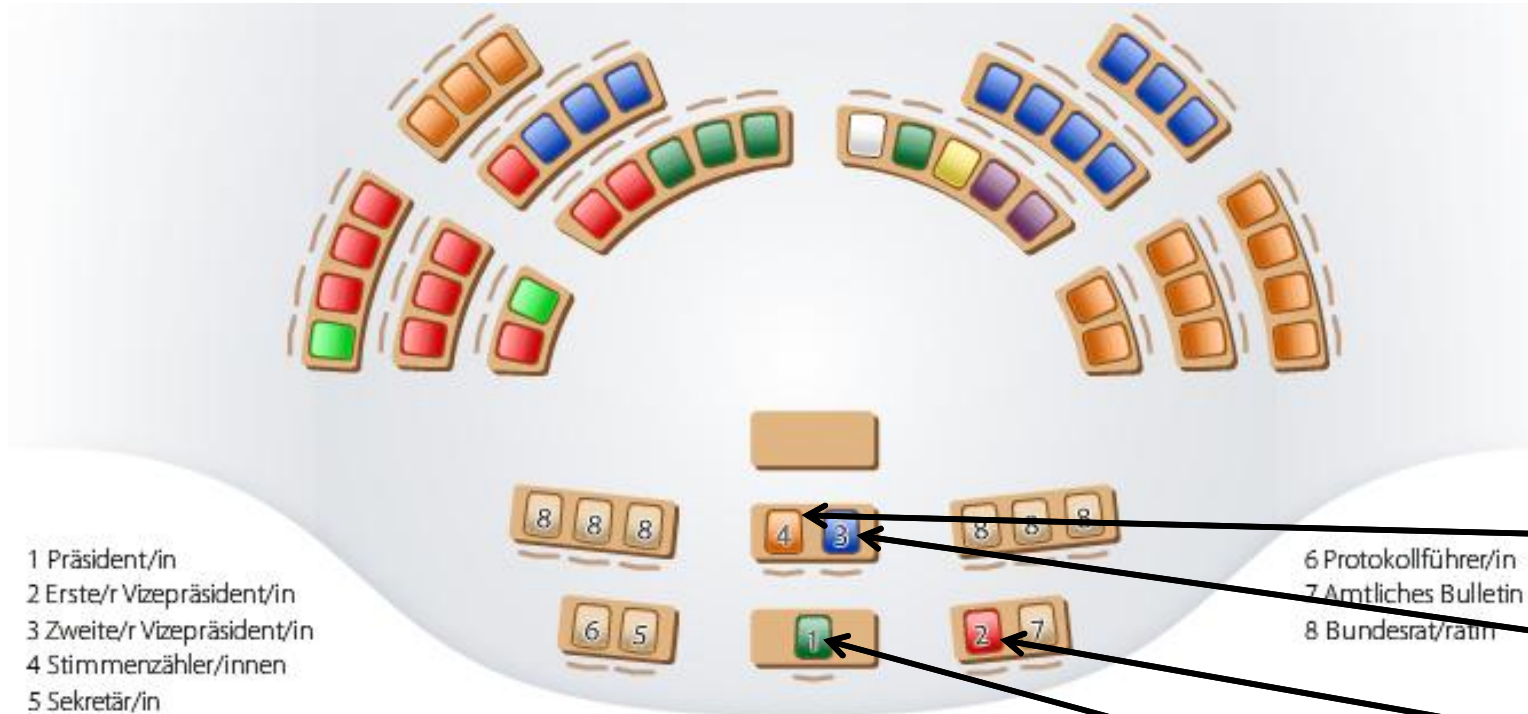
- 6 Berichterstatter/in
- 7 Generalsekretär/in
- 8 Bundesrat/rätin
- 9 Ratsekretäre/innen

Quelle: [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)



# Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP

Stärke der Fraktionen im Ständerat	
CVP/EVP:	13
SP:	11
FDP:	11
<b>SVP:</b>	<b>6</b>
Grüne:	2
GLP:	2
BDP:	1



Stimmzähler

2. Vizepräsident (FDP)

1. Vizepräsident (SP)

Präsident (SVP)

---

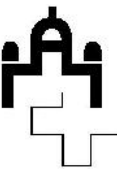
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

3. Besuch im Bundeshaus

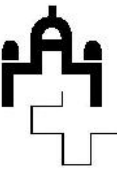
4. Aktualitäten





# Die untenstehenden Geschäfte waren die bedeutendsten in der Frühlingsession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 SVP Ausschaffungsinitiative
- 2 Ausländer- und Integrationsgesetz / SVP Masseneinwanderungsinitiative
- 3 ECOPOP Initiative
- 4 Radio- und Fernsehgesetz
- 5 Gotthard-Strassentunnel
- 6 Kartellgesetz
- 7 Financial Action Task Force (Groupe d'Action financière, GAFI)
- 8 Steueramtshilfegesetz
- 9 Swisscoy-Einsatz
- 10 Diverse weitere Geschäfte



# Mehr als drei Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative wurde endlich vom Erstrat ein Umsetzungsgesetz verabschiedet

## Worum es geht

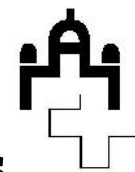
- Am 28. November 2010 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und eine Mehrheit der Kantone der Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer zugestimmt.
- Eineinhalb Jahre brauchte Bundesbern seither, um eine Umsetzungsvorlage für den neuen Verfassungsartikel in die Vernehmlassung zu schicken. Die vom Bundesrat in der Vernehmlassung favorisierte Vorlage widersprach dem Volkswillen jedoch eklatant, indem sie auf dem von Volk und Kantonen abgelehnten Gegenentwurf aufbaut. Aus diesem Grund hat die SVP die Durchsetzungsinitiative lanciert und eingereicht, in welcher genau festgehalten ist, wie die Gesetze lauten müssen, damit kriminelle Ausländer ohne Wenn und Aber rasch ausgeschafft werden können.
- Auf Druck dieser Durchsetzungsinitiative hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beschlossen, den detaillierten Deliktecatalog aus dem Verfassungsvorschlag ins Gesetz zu übernehmen und einen Ausschaffungsautomatismus vorzusehen.

## Position der SVP

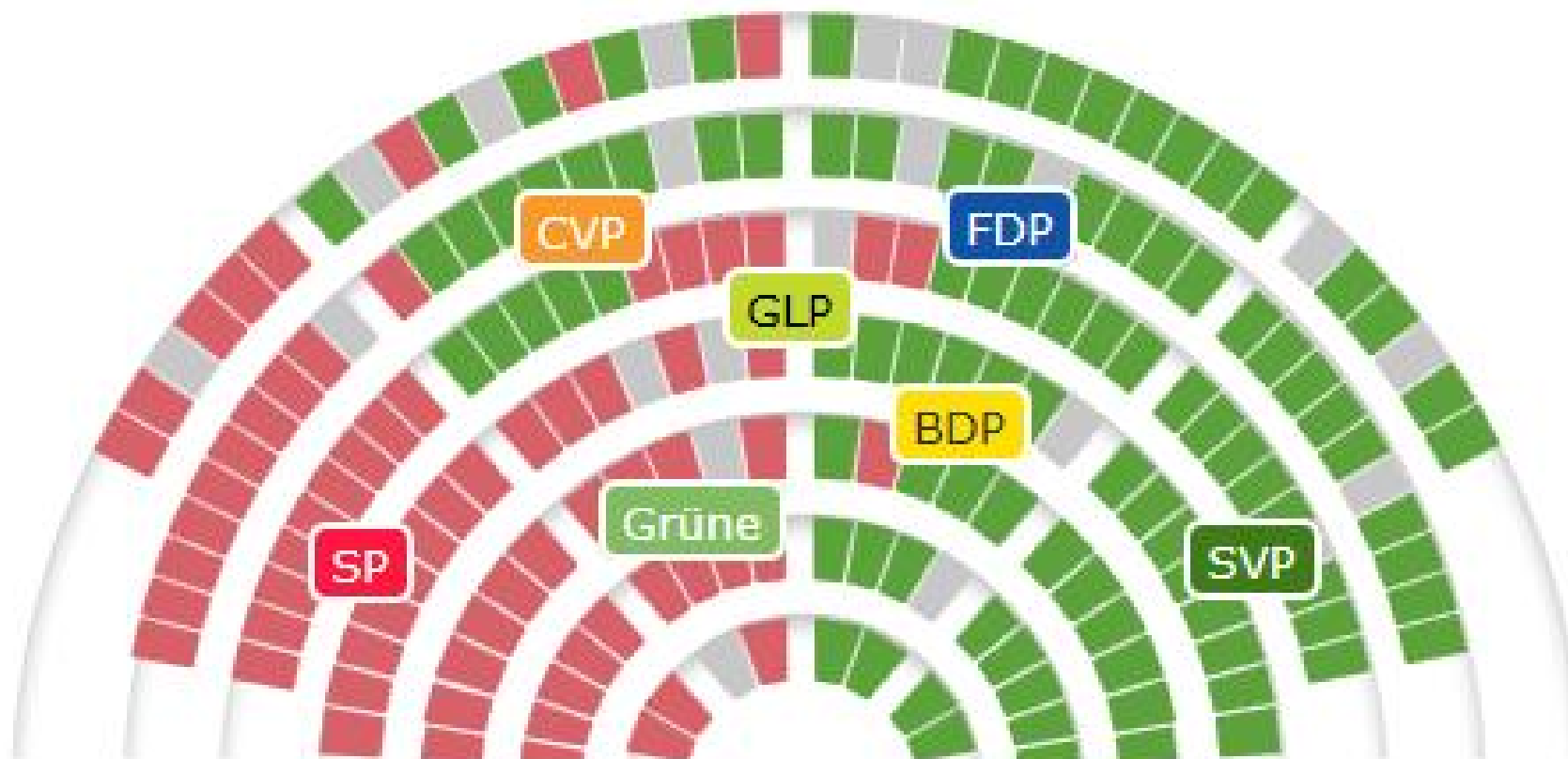
- Der Vorschlag der Staatspolitischen Kommission wurde stark durch die SVP Vertreter geprägt und wird entsprechend durch die SVP Fraktion unterstützt.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat will die Ausschaffungsinitiative im Sinn der SVP umsetzen. Er hat mit 104 zu 71 Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Entwurf seiner Staatspolitischen Kommission zugestimmt, der sich am Text der SVP-Durchsetzungsinitiative orientiert.
- Im Anschluss beriet der Nationalrat über die Durchsetzungsinitiative. Wie der Bundesrat lehnt er diese entgegen dem Willen der SVP ab und möchte sie für teilweise ungültig erklären. Über beide Vorlagen muss noch der Ständerat befinden.



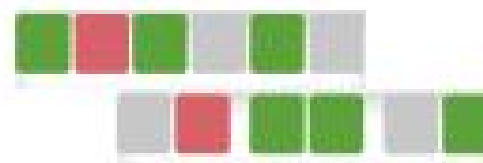
# Die Linke wehrte sich gegen das Konzept der Mehrheit, welches einen Ausschaffungs-Automatismus vorsieht

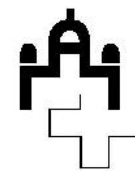


Nationalrat

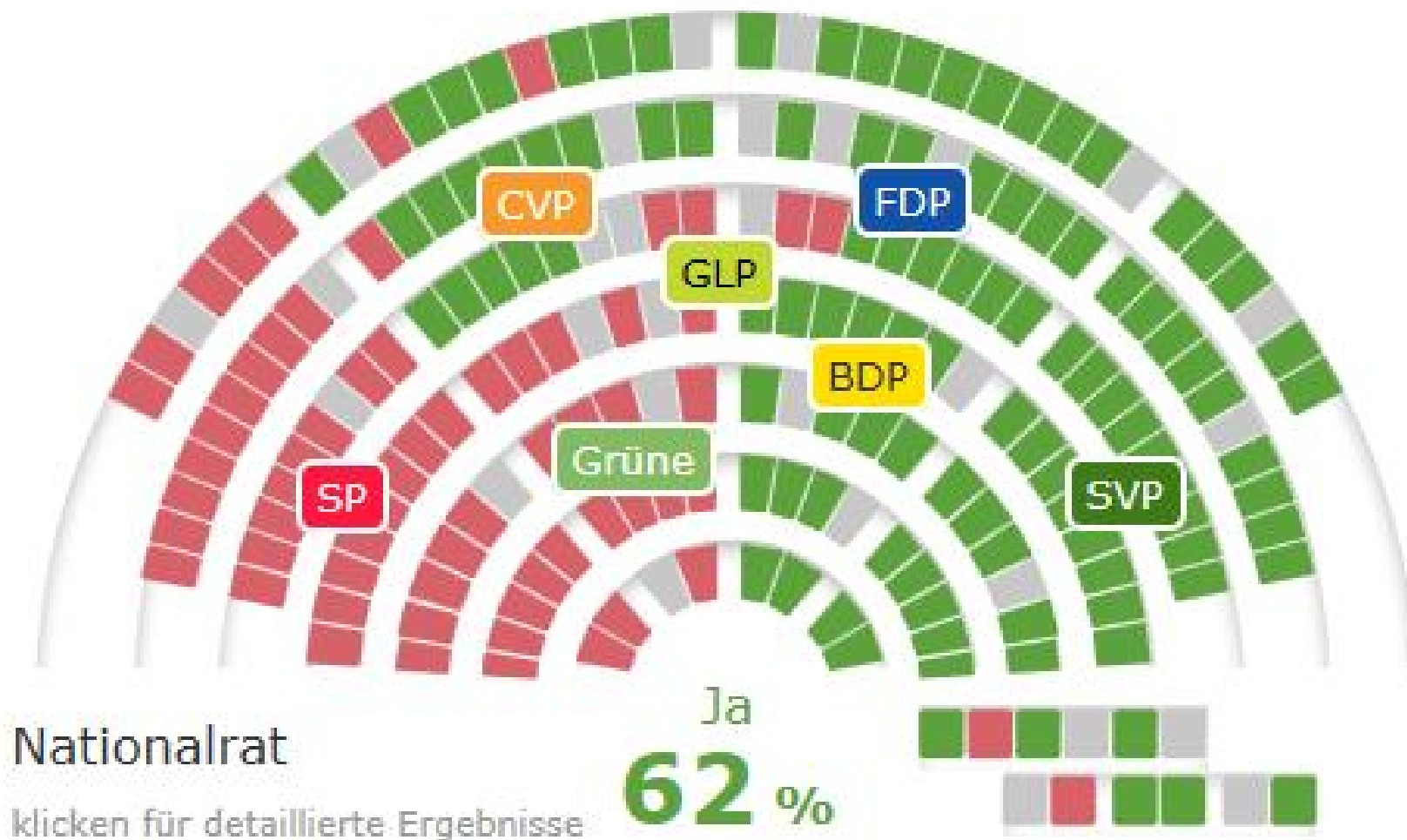
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

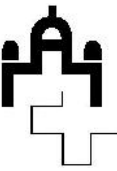
Ja  
**59** %





# Die Linke, die GLP und vereinzelte CVPler unterstützten den Gesetzesvorschlag in der Gesamtabstimmung nicht





# Nach dem JA zur Masseneinwanderungsinitiative wurde das Ausländer-/Integrationsgesetz an den Bundesrat zurückgewiesen

## Worum es geht

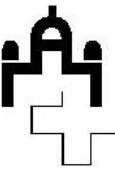
- Ständerat und Bundesrat möchten, dass eine erfolgreiche Integration von Ausländern durch positive Anreize begünstigt wird: Ausländer sollen nach einem Aufenthalt von zehn Jahren in der Schweiz neu einen Rechtsanspruch auf die Erteilung der ordentlichen Niederlassungsbewilligung haben, wenn sie in der Schweiz integriert sind.
- Bei ungünstigem Integrationsverlauf sollen die zuständigen Behörden gezielt Integrationsvereinbarungen abschliessen. Als ausdrücklicher Widerrufsgrund für Bewilligungen und andere Verfügungen soll die Nichteinhaltung von Integrationsvereinbarungen neu aufgenommen werden. Die massgebenden Integrationskriterien in den verschiedenen migrationsrechtlichen Erlassen (Asylgesetz, Ausländergesetz, Bürgerrechtsgesetz) sollen vereinheitlicht und aufeinander abgestimmt werden.

## Position der SVP

- Die SVP ist der Meinung, dass die Integration in der Eigenverantwortung des Ausländers liegt und nicht durch den Staat „gefördert“ werden muss. Aus diesem Grund beantragte sie „Nichteintreten“ auf die Revision des Ausländergesetzes.

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat weist den Entwurf für das neue Ausländer- und Integrationsgesetzes an den Bundesrat zurück. Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative sieht er keinen Sinn mehr in weiteren Arbeiten an der Vorlage. Die SVP hatte gar nicht auf die Vorlage eintreten wollen, da Integration keine Staatsaufgabe ist.
- Betr. der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hat der Nationalrat zudem eine dringliche Debatte geführt. Der Ball liegt derzeit beim Bundesrat, der bis im Juni ein Konzept für die Umsetzung vorlegen will. Die SVP fordert eine strikte Umsetzung der Initiative.



# Die ECOPOP Initiative wird im Ständerat zur Ablehnung empfohlen

## Worum es geht

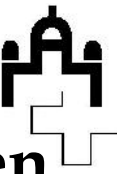
- Die ECOPOP Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» verlangt, dass die jährliche Nettozuwanderung, also Einwanderer minus Auswanderer auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung begrenzt wird. Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von 16'000 Personen im Jahr.
- Die ECOPOP Initiative verlangt in einem zweiten Punkt, dass der Bund zehn Prozent seiner bestehenden Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in die Förderung der freiwilligen Familienplanung investiert. Gemeint sind damit verbesserte Aufklärung und der Zugang zu Verhütungsmitteln.

## Position der SVP

- Nach Annahme der SVP Masseneinwanderungsinitiative hat sich das Volk für die Begrenzung der Zuwanderung ausgesprochen. Die SVP ist jedoch misstrauisch, ob Bundesrat und Parlament die Initiative gemäss Wortlaut wirklich umsetzen werden. Die SVP befürwortet deshalb einen indirekten Gegenvorschlag zur ECOPOP Initiative, um die Masseneinwanderungsinitiative auf Gesetzesebene umzusetzen. Die Parole zur ECOPOP Initiative wird die SVP erst dann fassen, wenn klar ist, ob Bundesrat und Parlament gewillt sind, die Masseneinwanderungsinitiative ernsthaft umzusetzen.

## Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat hat als Erstrat die ECOPOP Initiative "Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" beraten und empfiehlt diese mit 39 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung zur Ablehnung. Es soll kein indirekter Gegenvorschlag auf Gesetzesebene ausgearbeitet werden.
- Der Nationalrat wird voraussichtlich in der Sommersession 2014 über die ECOPOP Initiative beraten.



# Die Billag-Abgaben für den *service public* in Radio und Fernsehen sollen breiter erhoben werden

## Worum es geht

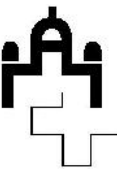
- Eine steuerähnliche Abgabe soll künftig den *service public* in Radio und Fernsehen finanzieren. Die neue Abgabe soll – mit einigen wenigen Ausnahmen – von allen Haushalten und Unternehmen entrichtet werden und die heutige Empfangsgebühr ersetzen.
- Da sich die Gesamtsumme auf mehr Haushalte und Unternehmen verteilt, bezahlen die Einzelnen deshalb voraussichtlich etwas weniger (400 statt 462 Franken, exkl. Teuerungsanpassungen).

## Position der SVP

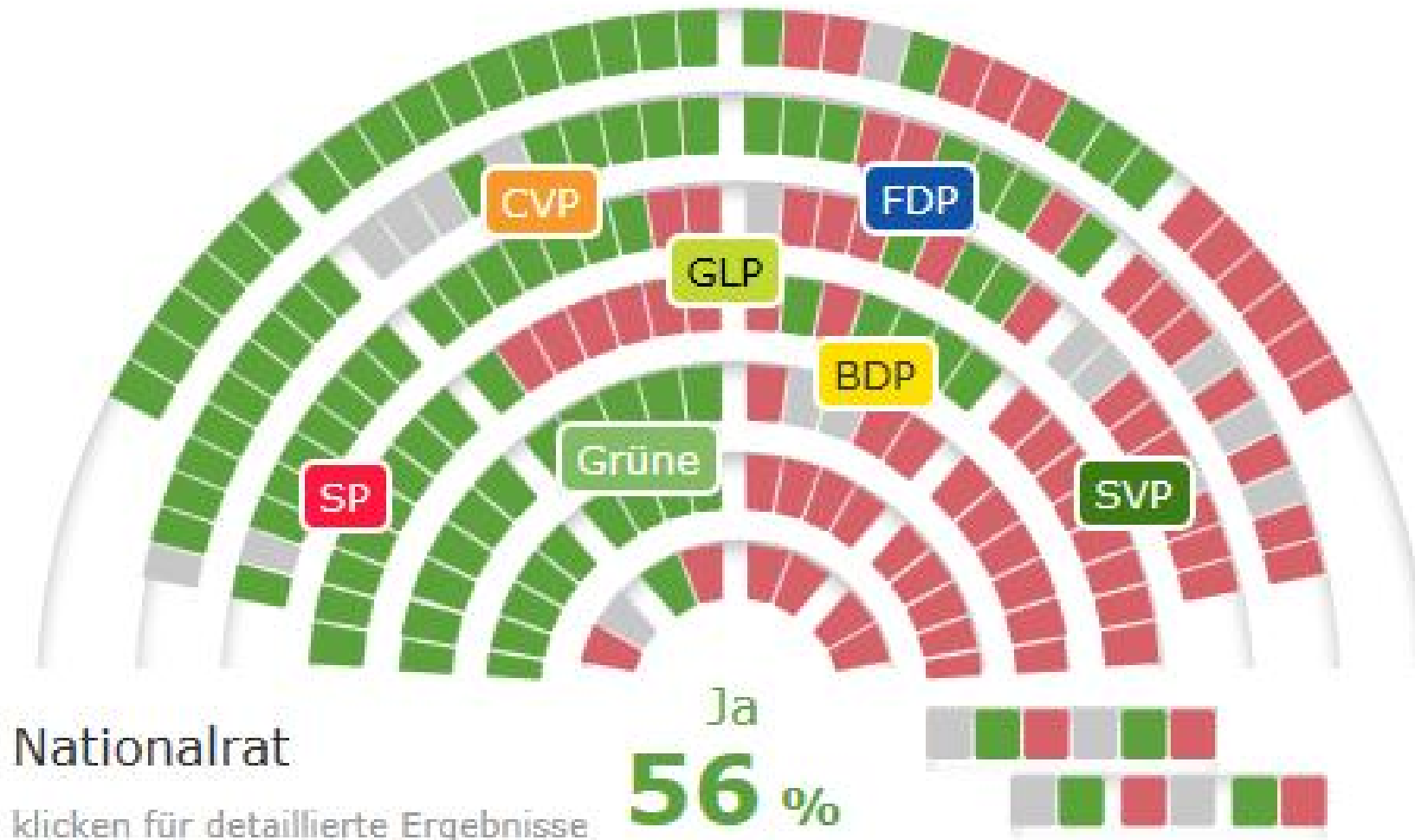
- Das verfehlte Radio- und Fernsehgesetz schuf nicht mehr Wettbewerb, sondern benachteiligt die privaten Anbieter gegenüber der ohnehin marktbeherrschenden SRG. Die Bevölkerung muss einerseits immer höhere Gebühren für die öffentlichen Programme aufwenden, andererseits bedient sich die SRG dennoch ohne Hemmungen am Werbekuchen.
- Aus grundsätzlichen Überlegungen beantragt die SVP deshalb geschlossen Nichteintreten und anschliessend Rückweisung des Radio- und Fernsehgesetzes.

## Ergebnis in den Räten

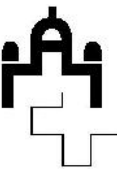
- Der Nationalrat stellte sich entgegen dem Willen der SVP hinter das neue Radio- und Fernsehgesetz. Damit sollen künftig alle eine Radio- und TV-Abgabe bezahlen, unabhängig davon, ob sie ein Radio oder einen Fernseher besitzen. Die Möglichkeit eines sogenannten Opting-Out für Haushalte soll nur vorübergehend während fünf Jahren geschaffen werden.



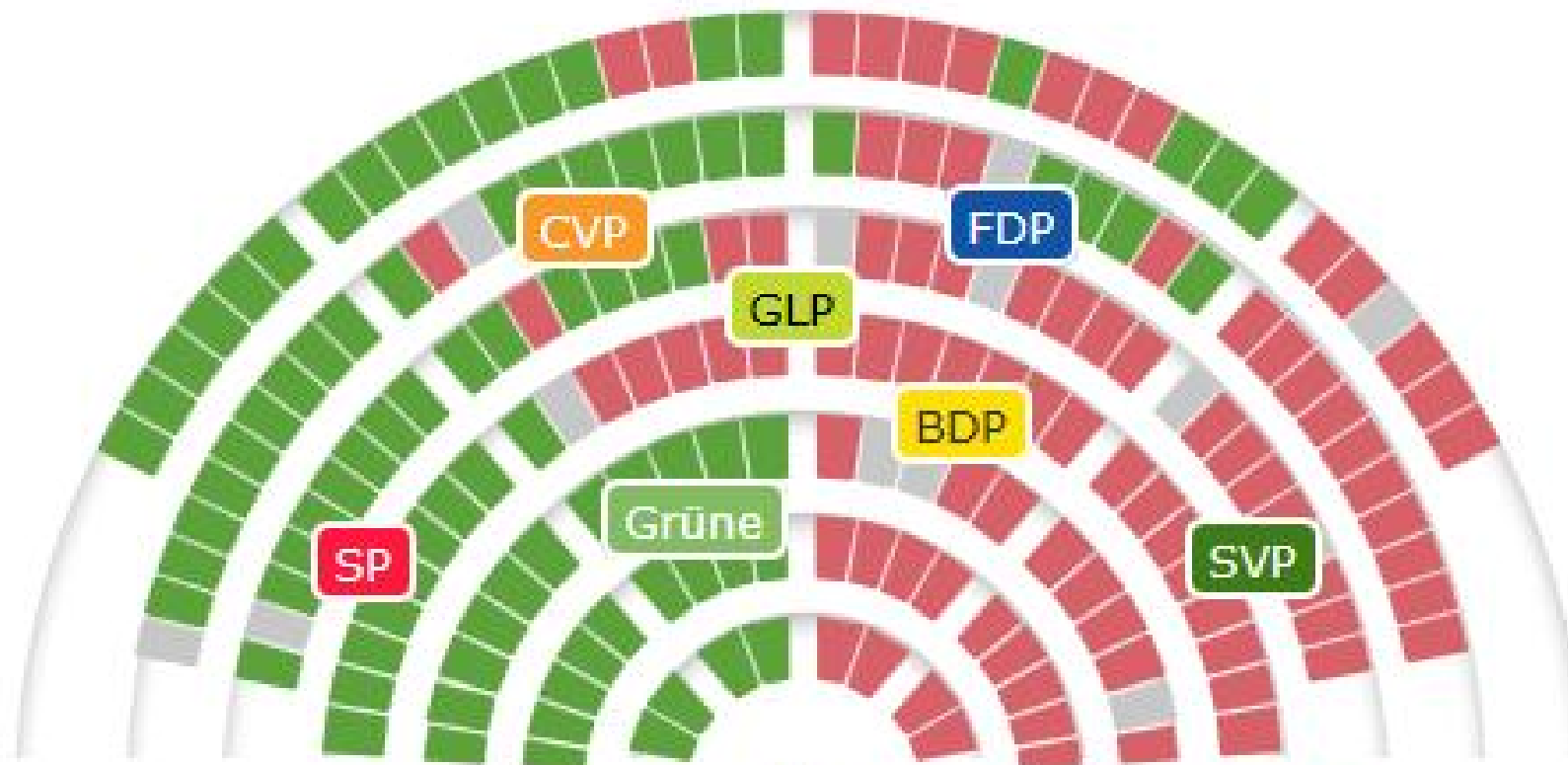
# Ein Rückweisungsantrag wurde lediglich von der SVP, der GLP und einzelnen FDPern unterstützt







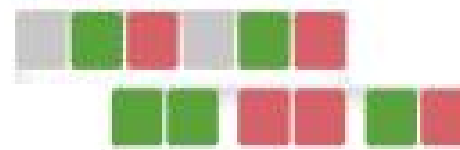
# Eine Beschränkung der Abgabe auf natürliche Personen (keine Unternehmen) wurde hachdünn abgelehnt

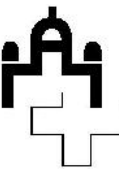


Nationalrat

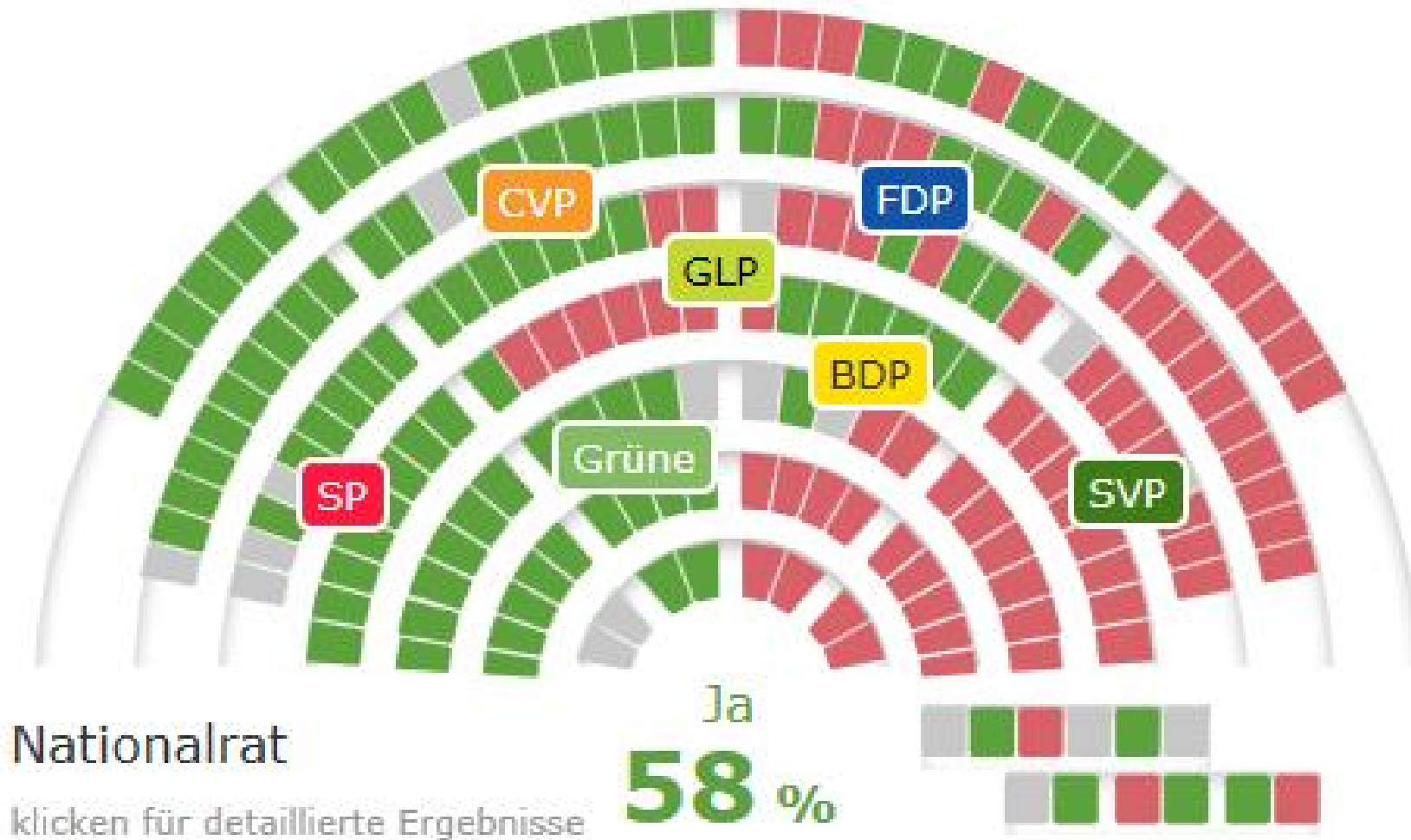
[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

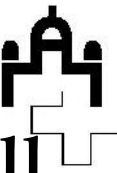
Ja  
**50 %**





# In der Gesamtabstimmung befürwortete eine klare Mehrheit die Ausweitung der Abgabe auf fast alle Haushalte und Unternehmen





# Für die Sanierung des bestehenden Gotthard-Strassentunnels will der Ständerat einen zweiten Tunnel bauen

## Worum es geht

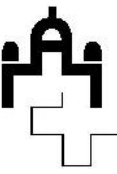
- Der Gotthard-Strassentunnel wurde von 1970 bis 1980 gebaut und am 5. September 1980 durch Bundesrat Hans Hürlimann (ZG) eröffnet.
- Der Gotthard-Strassentunnel muss zwischen 2020 und 2025 saniert werden. Während dieser Sanierung sind verschiedene Szenarien denkbar, was mit dem Verkehr am Gotthard geschehen soll. Die beiden sogenannten Optimal-Varianten des Bundesamtes für Strassen sind eine Teilschliessung einerseits und eine Vollschliessung andererseits. Da eine eventuelle Vollschliessung hohe volkswirtschaftliche Folgen nach sich zieht, fordert insbesondere der Kanton Tessin den Bau einer 2. Gotthard-Röhre.

## Position der SVP

- Die SVP unterstützt den Bau eines zweiten Gotthard-Strassentunnels, da diese Option sowohl aus volkswirtschaftlicher als auch finanzieller Sicht die beste Option ist.

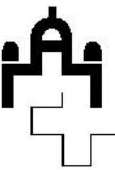
## Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat will eine zweite Röhre durch den Gotthard. Er hat die Pläne des Bundesrats am Donnerstag mit 25 zu 16 Stimmen gutgeheissen. Der neue Tunnel soll die Alpen transit-Verbindung während der Sanierung des bestehenden Gotthard-Strassentunnels sicherstellen. Die Vorlage verbietet es jedoch, die Kapazität der Verbindung zu erweitern: Geplant ist, nur eine Spur pro Tunnel für den Verkehr freizugeben und die andere als Pannestreifen zu benutzen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. Das letzte Wort dürfte allerdings das Volk haben.
- Ohne Neubau würde die Gotthardroute für die voraussichtlich mehrere Jahre andauernde Sanierung geschlossen. Der Strassenverkehr müsste auf andere Routen ausweichen. Rückweisungsanträge von GLP-, CVP- und SP-Ständeräten wurden abgelehnt.



# Der 2. Gotthard-Strassentunnel wurde von Links, der GLP und den Ständeräten Thomas Minder und Konrad Graber abgelehnt





# Entgegen dem Ständerat ist der Nationalrat nicht auf die Kartellgesetz-Revision eingetreten

## Worum es geht

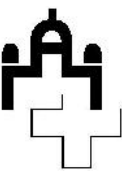
- Das revidierte Kartellgesetz sieht unter anderem vor, horizontale Preis-, Mengen- und Gebietsabsprachen zwischen den Unternehmen sowie vertikale Preisbindungen und Gebietsabschottungen per Gesetz zu verbieten, jedoch Rechtfertigungsmöglichkeiten zuzulassen. Damit sollen die hohen Preise von ausländischen Konzernen bekämpft werden. Der Ständerat hat sich für die Revision des Kartellgesetzes ausgesprochen.

## Position der SVP

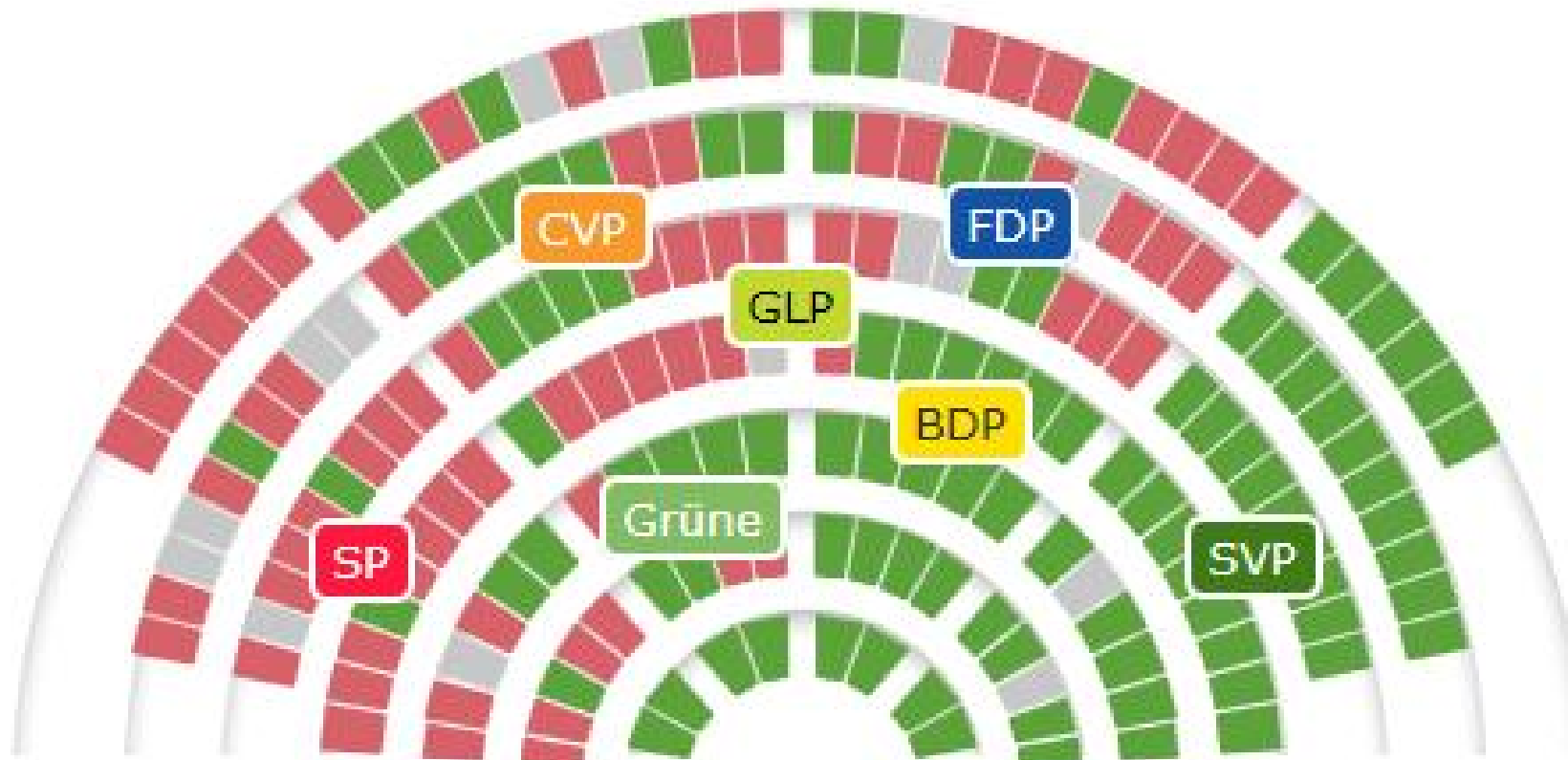
- Aus Sicht der SVP ist diese Revision überflüssig. Das heutige Kartellgesetz verbietet den Markt beseitigende und erheblich beeinträchtigende Absprachen und gewährleistet mit Hilfe des Missbrauchsprinzips das Funktionieren des Wettbewerbs.
- Mit dem vorgeschlagenen Teilkartellverbot will der Bundesrat die Unzulässigkeit bestimmter Abreden nun allein von deren Form abhängig machen, und nicht mehr von der Frage, ob sie überhaupt spürbare negative Auswirkungen haben. Neu ist es Sache der betroffenen Unternehmen, den Beweis zu erbringen, dass die getroffene Abrede effizienzsteigernde Wirkung hat. Eine derartige Beweislastumkehr ist für KMUs nicht zumutbar.
- Befremdend ist schliesslich die Lieferpflicht für ausländische Vertriebsorganisationen internationaler Konzerne gegenüber Schweizer Kunden (Forderung der Migros).

## Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat ist mit Unterstützung der SVP nicht auf die umstrittene Vorlage des Kartellgesetzes eingetreten. Mit Befürchtungen vor negativen Auswirkungen der Revision, etwa durch das befürchtete Verbot von Arbeitsgemeinschaften, fand die SVP eine Übereinstimmung mit anderen Ratsmitgliedern. Das vom Bundesrat vorgeschlagene unabhängige Wettbewerbsgericht war schon im Ständerat durchgefallen, und auch in der WAK des Nationalrates fand sich dafür keine Mehrheit.



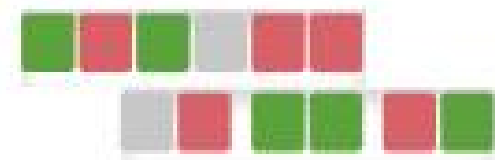
# Einzig SVP und BDP stimmten einstimmig gegen Eintreten auf die Kartellgesetz-Revision

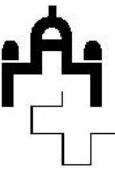


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**58** %





# Der Ständerat will in Zukunft Bargeldzahlungen von über 100'000 Franken verbieten und das Steuerstrafrecht verschärfen

## Worum es geht

- Die Änderungsvorschläge des Bundesrats betreffen sieben Themenbereiche:
  1. Transparenz der juristischen Personen und der Inhaberaktien (Zugang der Behörden zu den Informationen über die Aktionäre und den Personen, die eine juristische Person letztendlich kontrollieren).
  2. Verschärfung der Pflichten der Finanzintermediäre bei der Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen.
  3. Ausdehnung des bisherigen Begriffs der politisch exponierten Personen (PEP).
  4. Qualifizierung von schweren Steuerdelikten als Vortaten zur Geldwäscherei.
  5. Verbot der Barzahlung bei Kaufgeschäften sowohl bei Fahrnis- als auch bei Grundstückkäufen von mehr als 100'000 Franken.
  6. Stärkung der Wirksamkeit des Verdachtsmeldesystems (MROS).
  7. Gezielten Sanktionen im Bereich der Terrorismusfinanzierung.

## Position der SVP

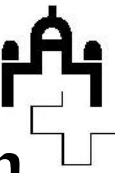
- Die SVP lehnt diese bürokratische Vorlage ab. Klar nein sagt sie auch zur Einschränkung des Bargeldverkehrs und zur Verschärfung des Steuerstrafrechts.

## Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat hat entgegen dem Willen der SVP als Erstrat eine Gesetzesänderung gutgeheissen, womit bei Verdacht auf schwere Steuerdelikte Banken ihre Kunden den Behörden melden müssen. Der Bundesrat will damit internationale Forderungen erfüllen.
- Nach dem Willen des Ständerates soll ein Steuerdelikt dann als Vortat zur Geldwäscherei gelten, wenn die hinterzogene Summe 300'000 CHF pro Steuerperiode übersteigen.
- Bargeldzahlungen von über 100'000 CHF sollen für sämtliche Kaufverträge verboten werden. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.







# Das Parlament bricht beim Bankgeheimnis weiter ein: Bankdaten werden nun ohne gerichtliche Vorprüfung ans Ausland geliefert

## Worum es geht

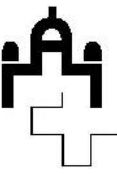
- Das Steueramtshilfegesetz soll revidiert werden, um es dem internationalen Standard anzupassen und mit den für Gruppensuchen erforderlichen Bestimmungen zu ergänzen. Die rasche Entwicklung der Arbeiten des Global Forum für Transparenz und Informationsaustausch zu Steuerzwecken (Global Forum) sowie internationale Gegebenheiten machen eine Revision des Steueramtshilfegesetzes (StAhiG) aus Sicht des Bundesrats erforderlich. Im StAhiG besteht gemäss Bundesrat Anpassungsbedarf, weil es keine Ausnahmen von der vorgängigen Information der bei einem Amtshilfeersuchen beschwerdeberechtigten Personen vorsieht.

## Position der SVP

- Die SVP lehnt die Revision des Steueramtshilfegesetzes ab, da Bankdaten bisheriger Bankkunden neu ohne deren vorgängige Orientierung ins Ausland geliefert werden können. Rechtsstaatliche Garantien sollen nicht über Bord geworfen werden, indem mit Artikel 21a die Möglichkeit geschaffen wird, dem ersuchenden Staat durch eine Schweizer Amtsstelle, die ESTV, auf Anfrage Bankdaten von jahrzehntelang willkommenen Kunden gleich gruppenweise und ohne gerichtliche Vorprüfung auszuliefern, und dies, bevor die betroffenen Kunden orientiert werden und sich mittels Beschwerde wehren können. Das entspricht nicht schweizerischer Rechtstradition.

## Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat hat als Zweitrat entgegen dem Willen der SVP die Revision des Steueramtshilfegesetzes gutgeheissen. Damit müssen Bankkontoinhaber nicht mehr in jedem Fall vorgängig informiert werden, wenn die Schweiz Daten über sie an andere Staaten übermittelt. Damit macht die Schweiz eine weitere Konzession beim Bankgeheimnis.



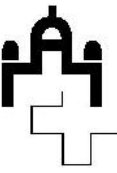
# Wie bereits im Nationalrat stimmte die SVP alleine<sup>1</sup> gegen die Aufweichung des Bankgeheimnisses

<sup>1)</sup> Im Nationalrat wurde sie nur von FDP Nationalrat Filippo Leutenegger und im Ständerat nur von Georges Theiler unterstützt.



Ständerat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)



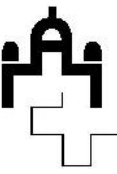
# Der Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo soll verlängert und aufgestockt werden

## Worum es geht

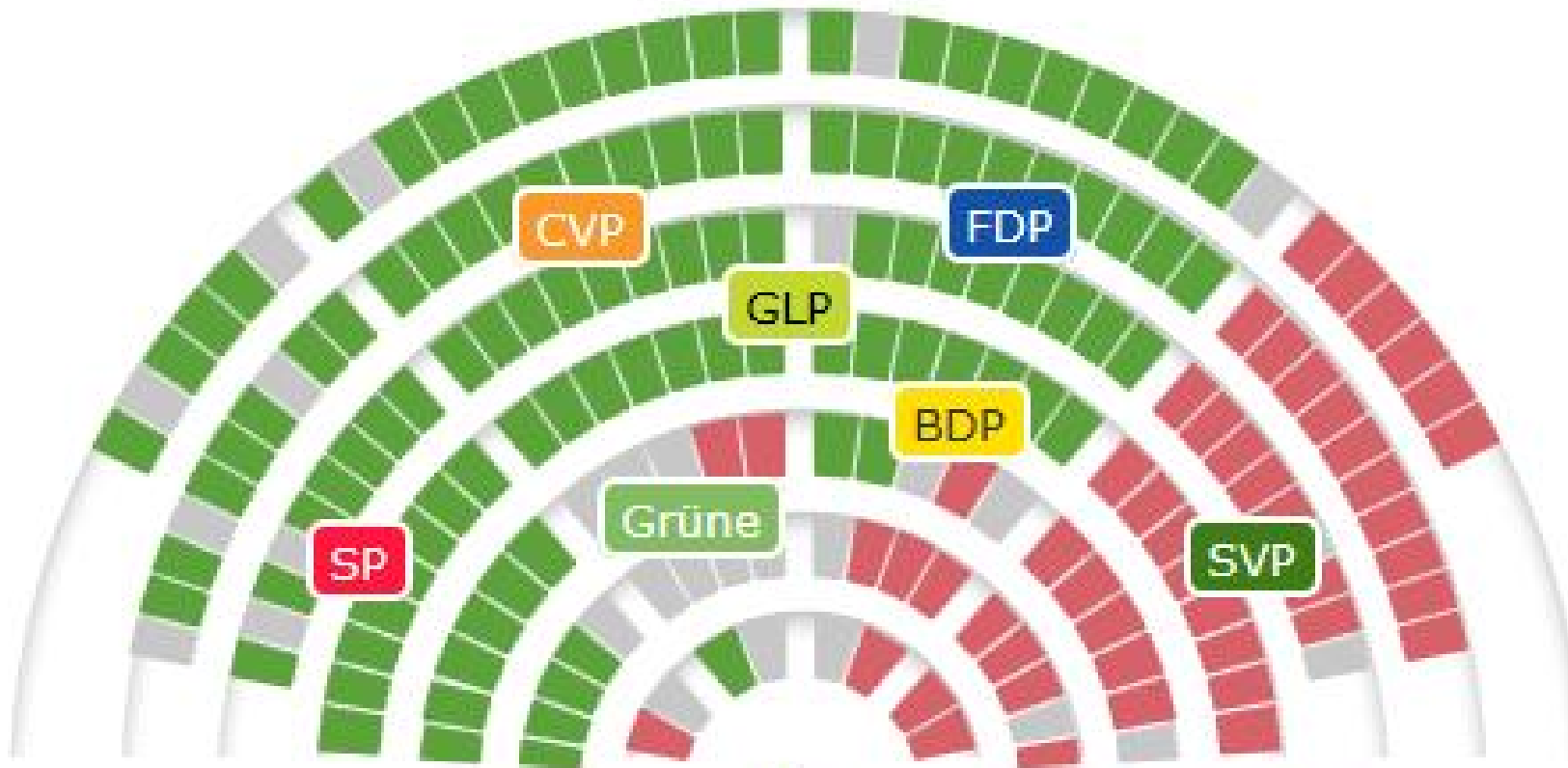
- Seit Oktober 1999 beteiligt sich die Schweizer Armee mit einem Kontingent (Swiss Company, Swisscoy) an der Kosovo Force (KFOR). Die Swisscoy trägt unmittelbar zur Sicherheit Kosovos bei und ist auch für die umliegenden Länder, insbesondere für Serbien, ein Garant der regionalen Stabilität.
- Der Einsatz in Kosovo ist das Schwergewicht des Schweizer Engagements in der militärischen Friedensförderung. Ohne die Swisscoy würde die Friedensförderung der Armee auf ca. 70 Angehörige der Armee schrumpfen. Der Bundesrat hat im sicherheitspolitischen Bericht 2010 und im Armeebericht 2010 mit Zustimmung des Parlaments eine Verdoppelung, der militärischen Friedensförderung beschlossen.
- Die SVP lehnt eine Verlängerung des Swisscoy Einsatzes ab, da der Einsatz von Schweizer Soldaten in dieser internationalen Truppe nicht vereinbar mit der Schweizer Neutralität ist. Weiter steigt auch das Risiko, im Pulverfass Kosovo in einen Konflikt hineingezogen zu werden.
- Der Nationalrat stellt sich hinter die erneute Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes im Kosovo bis Ende 2017. Ebenso hiess er eine Erhöhung des Maximalbestandes von derzeit 220 auf 235 Armeeangehörige gut, gegen den Willen der SVP.

## Position der SVP

## Ergebnis in den Räten



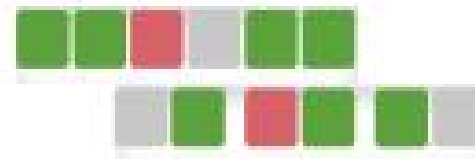
# Einzig die SVP und einige Grüne lehnten eine Verlängerungen und Aufstockung des Swisscoy Einsatzes ab

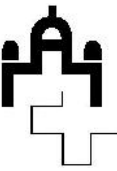


Nationalrat

[klicken für detaillierte Ergebnisse](#)

Ja  
**69 %**





## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/4)

### Volksinitiative gegen Gastge- werbe MwSt- Diskriminierung

- Die Volksinitiative "Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes", mit der GastroSuisse den gleichen Mehrwertsteuersatz für Restaurants und für Take-aways fordert, kommt mit einer Nein-Empfehlung von **Parlament und Bundesrat** und ohne Gegenvorschlag vors Volk. Die SVP hatte sich geschlossen für die Initiative ausgesprochen.

### Goldinitiative

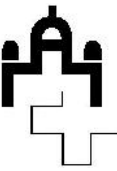
- Die Initiative "Rettet unser Schweizer Gold" (Goldinitiative) aus SVP-Kreisen wird vom **Ständerat** zur Ablehnung empfohlen. Weil sich kein einziges Ratsmitglied für das Volksbegehren einsetzte, entfiel die Abstimmung.

### Volksinitiative für öffentliche Krankenkasse

- Der Nationalrat hat am Mittwoch die Volksinitiative "für eine öffentliche Krankenkasse" im Sinne der SVP zur Ablehnung empfohlen. Damit kommt die Einheitskasse mit einer dreifachen Nein-Empfehlung, von **National-, Stände- und Bundesrat**, vors Volk.

### Stipendien- initiative

- Der **Nationalrat** hat beschlossen, die Stipendieninitiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Er unterstützt aber entgegen dem Willen der SVP den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates, inkl. einer minimalen Stipendienhöhe.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/4)

### DNA-Tests

- Der Ständerat hält nichts von der Idee, Asylsuchende aus bestimmten Ländern systematisch einem DNA-Test zu unterziehen. Er hat eine Motion abgelehnt, die der Nationalrat angenommen hatte. Mit dem Nein des Ständerates ist der Vorstoss vom Tisch.

### Bürgerrechts- gesetz

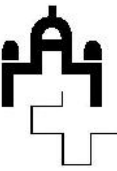
- Der Ständerat ist bei der Differenzbereinigung des Bürgerrechtsgesetzes entgegen dem Willen der SVP auf seiner Linie geblieben. Der Nationalrat will die Hürden für die Einbürgerung höher setzen als der Ständerat, der weitgehend dem Bundesrat folgen möchte. Einig sind sich die Räte in einem Punkt: Die Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) soll künftig Voraussetzung sein für den roten Pass. Bundesrat und Ständerat wollen dafür die Mindestaufenthaltsdauer von heute 12 auf 8 Jahre senken. Der Nationalrat will dagegen die Einbürgerung erst ab 10 Jahren ermöglichen.

### Waffenregister

- Der Nationalrat will nicht, dass in der Schweiz sämtliche Waffen registriert werden müssen und hat am Dienstag einen früheren Entscheid umgestossen und einen Teil einer Motion abgelehnt. Die Räte werden aber erneut entscheiden können, weil der Bundesrat bereits Gesetzesänderungen dazu ans Parlament geleitet hat.

### Nagoya Protokoll

- Der Nationalrat hat – wie zuvor der Ständerat – die Gesetzesänderungen zur Umsetzung des Nagoya Protokolls inkl. Zusatzprotokoll entgegen dem Willen der SVP gutgeheissen. Mit dem Protokoll verpflichtet sich die Schweiz, sich für die Nutzung genetischer Ressourcen an international vereinbarte Regeln zu halten. Zudem muss die Schweiz ein internationales Protokoll unterzeichnen zur Haftungsregelung bei Schäden durch über Landesgrenzen gebrachte gentechnisch veränderte Organismen an der Biodiversität.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/4)

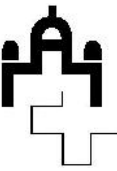
FHA  
Schweiz – China

Erbschafts-  
steuerabkommen  
mit Frankreich

Systemrelevante  
Grossbanken

Session im Wallis

- Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China ist unter Dach. Der Ständerat hat dem Abkommen als Zweitrat zugestimmt.
- Der Ständerat hat am Dienstag mit 25 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, das neue Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich an den Bundesrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, neu zu verhandeln. Das vorliegende Abkommen ist damit gescheitert. Offen ist nur noch, ob die Räte den Bundesrat mit Neuverhandlungen beauftragen oder nicht. Der Nationalrat war nicht auf die Vorlage eingetreten, nun muss er erneut entscheiden. Mit dem gescheiterten Erbschaftssteuerabkommen hätten die französischen Behörden neu die Möglichkeit erhalten, Erben in Frankreich auch dann nach französischem Recht zu besteuern, wenn der Verstorbene zuletzt in der Schweiz gelebt hat.
- Der Ständerat will im Nachgang zur "Too big to fail"-Vorlage vorläufig keine weiteren Vorschriften für systemrelevante Grossbanken in der Schweiz ausarbeiten lassen. Er lehnte zwei vom Nationalrat noch unterstützte Motionen von SVP und Grünen ab. Die SVP hatte die Loslösung des Investmentbankings von systemrelevanten Funktionen gefordert, die Grünen ein Trennbankensystem.
- Das Parlament dürfte im Jahr 2015 eine Session im Wallis abhalten. Der Ständerat hat sich entgegen dem Willen der SVP für eine entsprechende parlamentarische Initiative ausgesprochen. Im Herbst hatte er einen ähnlichen Vorstoss abgelehnt. Da der Nationalrat den ersten Vorstoss unterstützt hatte, ist die Chance gross, dass dieser zustimmt.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/4)

### Lebensmittel- gesetz (Herkunft von Rohstoffen)

- Der Ständerat hat die Differenzen bei der Revision des Lebensmittelgesetzes beraten und daran festgehalten, dass Lebensmittelhersteller die Herkunft von Rohstoffen nur dann auf der Etiketle angeben müssen, wenn der Bundesrat dies vorschreibt. Der Nationalrat möchte, dass die Herkunft der Rohstoffe in der Regel deklariert werden muss.

### Präimplantations- diagnostik

- Der Ständerat hat beschlossen, dass im Reagenzglas gezeugte Embryos vor der Einpflanzung in den Mutterleib untersucht werden dürfen. Bei der Revision von Verfassung und Fortpflanzungsmedizinengesetz blieb er aber auf der restriktiven Linie, die der Bundesrat vorgezeichnet hatte: Die heute verbotene Präimplantationsdiagnostik soll lediglich Paaren mit einer Familiengeschichte mit Erbkrankheiten erlaubt werden.

### Weiterbildungs- gesetz

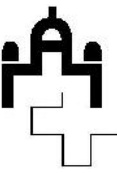
- Der Ständerat sieht die Arbeitgeber bei der Weiterbildung in der Verantwortung: Diese sollen die Weiterbildung der Angestellten begünstigen müssen. Der Nationalrat lehnte jedoch die Formulierung ab, dass öffentliche und private Arbeitgeber die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden begünstigen müssten. Über die Umsetzung des 2006 angenommenen Verfassungsartikels zur Weiterbildung sind sich die Räte jedoch einig: Das Weiterbildungsgesetz soll ein Rahmengesetz bleiben.

### Kriegsmaterial- export

- Der Nationalrat hat als Zweitrat mit 94 zu 93 Stimmen mit Stichentscheid einer Motion zugestimmt, welche die Nachteile der Schweizer Rüstungsindustrie beseitigen soll. Der Bundesrat muss nun die Kriegsmaterialverordnung anpassen, damit Kriegsmaterial auch in Länder exportiert werden darf, in denen Menschenrechte verletzt werden.



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**
  4. Aktualitäten



# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

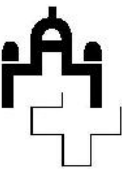
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Frühjahrssession: 3. - 21. März 2014**
- **Sondersession: 5. - 8. Mai 2014 (nur Nationalrat)**
- **Sommersession: 2. - 20. Juni 2014 (2. Woche: Di. – Fr., da Pfingstmontag am 9. Juni)**
- **Herbstsession: 08. - 26. September 2014**
- **Wintersession: 24. November - 12. Dezember 2014**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
  - Anmeldung unter [besucherdienst@parl.admin.ch](mailto:besucherdienst@parl.admin.ch) oder 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
  - E-Mail an mich
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  - 4. Aktualitäten**



# Engagieren Sie sich mit Leserbriefen und Standaktionen für ein JA zum Gripen und ein NEIN zum schädlichen Mindestlohn

Abstimmung vom 18. Mai 2014

**Sicherheit  
zuerst!**

**JA**

**zum Gripen**  
am 18. Mai

[gripen-ja.ch](http://gripen-ja.ch)

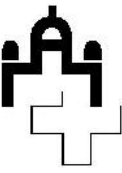
**Lohndiktat**

**Vernichtet  
Arbeits-  
plätze.**

**NEIN**

**ZUM SCHÄDLICHEN  
MINDESTLOHN**

[www.mindestlohn-nein.ch](http://www.mindestlohn-nein.ch)



**Haben Sie Fragen?**